

Einverständnis dörflicher Gemeindeinstitutionen für Projekte verpflichtend ist, wo „öffentliche Zwecke“ nicht umdefiniert werden, um private Profite zu erwirtschaften, wo, falls Aneignungen unvermeidlich sind, eine Rehabilitation erfolgt, welche die Bereitstellung von Land für Land vorsieht, und wo alle Pächter, Landarbeiter und Handwerker eine Berechtigung für Rehabilitation erhalten, die eine nachhaltige Option zur Existenzsicherung beinhaltet. Die neuen von der Regierung eingeführten Gesetze enthalten jedoch fast keine dieser Bestimmungen.

Die Ergänzung des Landenteignungsgesetzes zielt vielmehr darauf, die Definition von „öffentlichem Zweck“ dahingehend auszuweiten, dass Aneignungen durch private Investoren für weit gefächerte Aktivitäten von Infrastrukturprojekten, Flughäfen, Minen oder „jegliche andere nützliche Vorhaben“ erleichtert werden und auf diese Weise staatliche Domänen für private Zwecke weiter zu öffnen.

Der Artikel erschien ursprünglich unter dem Titel „Suru Anna and the people's protest“ im online-Magazin

InfochangeIndia, April 2008, <http://infochangeindia.org/200804227072/Environment/Features/Suru-Anna-and-the-people%E2%80%99s-protest.html>

Aus dem Englischen übersetzt von Thomas Döhne

Zur Autorin

Manshi Asher ist Sozialforscherin und Autorin aus Himachal Pradesh. Sie hat mithilfe eines Stipendiums des *Global Green Grant Fund* ein Jahr lang Sonderwirtschaftszonen in ganz Indien untersucht.

Nachhaltige Zukunft?

Ökologie und indische Politik

Ashish Kothari

In den letzten 25 Jahren erschien Indiens Umweltschutzpolitik zunächst als eine Erfolgsgeschichte – doch es folgten Rückschritte. Grund für die Rückwärtsbewegung hin zu nicht-nachhaltiger Entwicklung waren die Reformen im Zuge der Liberalisierungspolitik.

War Indien in den letzten 25 Jahren fähig, seine Versuche, menschliche Wohlfahrt und Wohlstand zu erreichen, mit dem Schutz seiner natürlichen Umwelt unter einen Hut zu bringen? Hat es sich auf die Ziele nachhaltiger Entwicklung zubewegt, zu denen es gemeinsam mit anderen Ländern verpflichtet ist?

Die 1970er und 1980er Jahre waren aufregende Jahre für all diejenigen, die sich für die Umwelt interessieren. Es entstand eine zunehmende Besorgnis um steigende Wasser- und Luftverschmutzung sowie die Dezimierung von Wäldern, der Tier- und Pflanzenwelt, die in der Zeit vor und nach der Unabhängigkeit miterlebt werden konnten. Einige Bürgerbewegungen erregten unsere Aufmerksamkeit: Beachtenswert unter diesen waren die Chipko-Aktivisten, die dafür kämpften, die Wälder des Himalaya

zu schützen, verschiedene Anti-Staudamm-Protestbewegungen in Zen-

tral- und Südindien sowie traditionelle Fischergemeinschaften, die sich



Viele Arme auf dem Land greifen zum Überleben auf die Naturressourcen zurück. Eine Frau trägt das im Wald geschlagene Feuerholz zum Markt, um es zu verkaufen.

Foto: Rainer Hörig



Geier in der Burg von Jodhpur. Im vergangenen Jahrzehnt sind Geier in Indien fast ausgestorben. Tierschützer machen ein Medikament dafür verantwortlich, das in der Rinderzucht verwendet wird. Die Geier nehmen das Medikament über verendete Kühe auf und erkranken.
Foto: Rainer Hörig

gegen die Vermarktung der Fischerei stark machten. Die Regierung reagierte positiv darauf, indem sie ein Ministerium für Umwelt und Wälder (*Ministry of Environment and Forests*, MoEF) einrichtete und wegweisende Gesetze für die Tier- und Pflanzenwelt, gegen Umweltverschmutzung und für die Wälder erließ. Eine neue Waldpolitik (1988) lenkte den Fokus weg von wirtschaftlicher Nutzung hin zu ökologischen und sozialen Werten. Beträchtlicher Raum für Entscheidungsfindungsprozesse wurde für Bürger geschaffen; zivilgesellschaftliche Gruppen wurden in Expertenkommitees, die das Umweltministerium berieten, miteinbezogen. Auch die Justiz beteiligte sich durch eine Reihe von progressiven Urteilen zu Problemgebieten wie Umweltverschmutzung, Bergbau und Wäldern.

Die Tücken der Globalisierung

Aber die ökologischen Errungenschaften der 1970er und 1980er waren temporär. Seit der frühen 1990er Jahre wurde die zerbrechliche Natur dieser Errungenschaften schmerzhaft offensichtlich. Eine neue Wirtschaftspolitik, die Indien in die ökonomische

Globalisierung führte, wurde 1991 begonnen, angeführt durch Manmohan Singh als Finanzminister. Diese Wirtschaftspolitik bedeutete die Öffnung der indischen Wirtschaft für global investments, die Förderung des Exportwachstums, die Stärkung des Konsums der Mittelschicht und die Privatisierung einer Reihe von Sektoren – und außerdem die Liberalisierung des Umweltschutzes, um Industrie und Handel zu erleichtern. Ob diese Politik nötig war, um Indiens Wirtschaft zu stabilisieren, ist an sich schon eine offene Frage – aber wie auch immer die Antwort darauf lautet, in einem Punkt ist das Ergebnis eindeutig: Das Land entfernte sich weiter von den Zielen der ökologischen Nachhaltigkeit weg als je zuvor.

Hier sind einige Indikatoren: Produktion und Export von Mineralien und Meeresfischerei schnellten hoch, mit ernstesten Konsequenzen für Wälder, Land, Wasser und die Umwelt der Küsten und Meere. Der Export von Meeresprodukten (ca. 475 Artikel) stieg von 139 419 Tonnen in 1990/91 auf 612 641 Tonnen in 2006/07. Dies sind sichtbare Zeichen der Überfischung indischer Küstengewässer.

Die intensive Aquakultur hat darüber hinaus weitreichende Verschmutzung, Zerstörung lokaler Biodiversität und die Verdrängung lokaler Existenzgrundlagen mit sich gebracht. 1996 sprach der Oberste Gerichtshof ein Verbot nicht-traditioneller Aquakultur in ganz Indien aus. Damit folgte er Bürgerbeschwerden und Berichten des *National Environmental Engineering Research Institute* (NEERI). Leider wird dieses Verbot weithin missachtet.

Traurige Bilanz

Die Mineralienausbeute hat sich seit 1991 fast verdoppelt. Der neue Bergbau macht einen signifikanten Teil des Exports aus. Im Fall von Bleierz und Konzentraten stieg er von nur 543 Tonnen 2003/04 auf verblüffende 110 2514 Tonnen 2007/08. Der Export von Kalkstein schoss von etwa 200 000 Tonnen in 1995/96 auf 879 000 Tonnen in 2007/08. Die ökologischen und sozialen Auswirkungen sind horrend, wie bei den zersprengten Kalkstein- und Marmorbergen der Aravalis und Shivaliks, den Eisenerz- oder Bauxit-Plateaus in Goa, Madhya Pradesh und Orissa, aber auch bei den verbrannten Landschaften des Kohle-Bergbaus in Ostindien und dem radioaktiven Urangürtel von Jharkhand zu beobachten war, um nur einige zu nennen.

Von den Waldflächen, die seit 1980 zugunsten nicht-ökologischer Zwecke abgezweigt wurden, wurden über fünfzig Prozent seit 2001 umgelenkt – vor allem wegen steigender Nachfrage von Industrie und Infrastruktur. Von den fast 100 000 Hektar Waldland, die seit 1980 an den Bergbau abgegeben wurden, wurden mehr als 70 Prozent nach 1997 abgegeben. All diese Gebiete waren außerdem Siedlungsgebiete traditioneller Gemeinschaften, die der Flutwelle des einheimischen Kolonialismus unterworfen werden. Die Mittel, die die Regierung und die Unternehmen hierfür anwenden, sind unterschiedlich: Umschmeicheln und Bestechen von Anführern, da-

mit diese Umsiedelungen akzeptieren, sofortige Gewaltanwendung, wie es gegenwärtig im Adivasi-Gürtel in Orissa versucht wird, und sogar das Heraufbeschwören einer bürgerkriegsähnlichen Situation, indem Adivasis bewaffnet werden, um andere Adivasis zu bekämpfen (unter dem Vorwand, die Naxaliten zu kontrollieren), so in Chhattisgarh's berüchtigter Salwa Judum-Kampagne. Wenn die Menschen so schwerwiegend betroffen sind, kann die Tier- und Pflanzenwelt da weit entfernt sein? Während der aussterbende Tiger wiederholt (und berechtigt) in den Nachrichten erscheint, stelle man sich die Notlage hunderter weiterer Spezies vor, die keine Berichterstattung in den Medien erhalten. Fast 10 Prozent von Indiens aufgezeichneter Biodiversität von 130 000 Wildpflanzen und Tierarten bewegen sich auf ihr Aussterben zu. Allein der Bergbau bedroht über 90 Nationalparks und Naturschutzgebiete, die unangetastet der Tier- und Pflanzenwelt vorbehalten bleiben sollten.

MoEF's Sorglosigkeit

Als dieser Schaden sich über die Jahre hinweg vergrößerte, hätte das Umweltministerium das System ökologisch sensibler Planung, Kontrolle und Schutz mit voller Miteinbeziehung der Bürger stärken sollen. Leider hat es genau das Gegenteil getan. Die Bekanntmachung des *Environmental Impact Assessment* (EIA) von 1996, die verabschiedet wurde, um Entwicklungsprojekte umweltverträglich zu gestalten, wurde 2006 „überarbeitet“, um es zu schwächen. Die Bekanntgabe der *Coastal Regulation Zone* (CRZ) von 1991 wurde verändert, um einen einfacheren Zugang zu natürlichen Ressourcen für kommerzielle Aktivitäten zu gewährleisten.

2006 wurde eine *National Environment Policy* (NEP) verabschiedet, die rechtfertigen sollte, ökonomische Erwägungen über ökologische zu stellen, trotz zweijährigen energischen Wider-

stands der Zivilgesellschaft. Ein *Biological Diversity Act* (BDA), das 2003 verabschiedet wurde, blieb fruchtlos in Hinsicht auf Schutz und Existenzgrundlagen der Menschen. Das Gesetz über *Special Economic Zones* (SEZs) hat die Umwelt beiseite geschoben. Das Umweltministerium selbst wurde durch die Absicht der Regierung, die zweistellige Wachstumsrate um jeden Preis einzuholen, an den Rand gedrängt. Das allgegenwärtige Ergebnis dieses Prozesses ist ein merklicher Schritt zur nicht-nachhaltigen Entwicklung.

Gemäß des *Global Footprint Network* und der *Confederation of Indian Industry* (CII) hat Indien nun den drittgrößten ökologischen Fußabdruck der Welt (nach den USA und China), und seine Bürger verbrauchen fast doppelt so viele natürliche Ressourcen, wie das Land aushalten kann. Die Kapazität der Natur, die Inder zu tragen, ist in den letzten vier Dekaden um die Hälfte zurückgegangen. Und das trotz eines expliziten Versprechens, das 1992 in Indiens *National Conservation Strategy* und im *Policy Statement on Environment and Development* gegeben wurde, „die nachhaltige und gerechte Nutzung der Ressourcen zu gewährleisten, um die Grundbedürfnisse der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen zu er-

füllen, ohne der Umwelt Schaden zuzufügen.“

Sechs Dekaden nach der Unabhängigkeit haben wir keinen nationalen Landnutzungsplan, der Gebiete schützen könnte, die entscheidend für die Sicherheit von Umwelt und Existenzgrundlagen sind. Zwei Dekaden, nachdem ein Versprechen zur nachhaltigen Entwicklung gegeben wurde, haben wir in unserem Fünfjahresplan keine Ziele oder Indikatoren hierfür. Die eben erwähnte Richtlinie zur Umwelt und Entwicklung verpflichtet die Regierung zu einem jährlichen Budget für natürliche Ressourcen, das die Planung von Nachhaltigkeit sicherstellen soll; doch ein solches Budget ist nicht verfügbar, sogar 17 Jahre später nicht. Währenddessen hat die Globalisierung die Ungleichheit zwischen den Reichen und den Armen vergrößert, Rückschritte und Stagnation bei den Realloöhnen eines großen Teils der Bevölkerung verursacht und Bedingungen für Massenunruhen und Konflikte geschaffen. Im Jahr 2009 konnten einige begrüßenswerte Schritte des neuen Umweltministers beobachtet werden, der danach strebt, eine Veränderung zu schaffen. Dennoch gibt es kaum ein Zeichen von fundamentalen Veränderungen in der Umwelt- und Entwicklungspolitik. Die vorgeschlagene *Nati-*



In den Städten müssen immer mehr alte Bäume der Verbreiterung und dem Neubau von Straßen weichen.
Foto: Rainer Hörig

onal Environment Protection Authority zum Beispiel bleibt in dem Kontrollrahmen eingebettet, der Indiens Umwelt und Bürger so lange verfehlt hat.

In Richtung Nachhaltigkeit

Inmitten dieses düsteren Bildes zeichnen sich allerdings auch Zeichen der Hoffnung ab. Eines davon ist ein massiver Anstieg des ökologischen Bewusstseins, erzeugt durch staatliche und zivilgesellschaftliche Programme und durch die Medien. Die Kenntnis von schädlichen Effekten von Pestiziden, Unfällen wie bei der Gasfreisetzung in Bhopal [1984] und der Klimawandel haben das Alarmbewusstsein in der Öffentlichkeit mehr erhöht als je zuvor.

Es gibt einen gesteigerten Widerstand von Menschen, die von zerstörerischer Entwicklung betroffen sind: Mönche aus Sikkim und Jugendgruppen aus Arunachal gegen Mega-Staudämme, die heilige Landschaften bedrohen, Dörfer, die Coca-Cola-Werke mit hohem Wasserverbrauch zwingen, zu schließen, Bauern, die sich weigern, ihr Land für Sonderwirtschaftszonen herzugeben, und Adivasis in Orissa, die mächtige industrielle Firmen wie Vedanta und POSCO auf Abstand halten. In ihnen liegt die Hoffnung auf eine Annäherung zu ökologischen, menschenrechtlichen, Adivasi-, Dalit-, Frauen- und anderen Weltansichten, all jenen, deren Ziel es ist, den status quo herauszufordern, die es aber bis jetzt noch nicht geschafft haben, auf eine nachhaltige Weise zusammenzuarbeiten.

Diese Widerstandsbewegungen zeigen alternative Wege zu menschlicher Wohlfahrt und Entwicklung auf. Dies beinhaltet die Ausbreitung von Netzwerken für ökologische Landwirtschaft in Ländern wie Maharashtra (und manche Länder wie Uttarakhand unterstützen aktiv solche Formen der Landwirtschaft); Frauen-Selbsthilfegruppen (SHGs), die in vielen Ländern Produkte herstellen, die auf natür-

lichen Ressourcen basieren; dezentralisiertes Wassersammeln, das Dürre-gefährdeten Regionen wie Alwar in Rajasthan und Palamau in Jharkhand Beistand bietet; ganzheitliche Dorfentwicklung, die ländlich-städtische Migration in einige Dörfern in Maharashtra abwendet; selbstorganisierter Wald- und Tierwelt-Schutz durch tausende Dörfer in Orissa, Uttarakhand, Maharashtra, Nagaland und andere Länder.

Solche Anstrengungen finden Kraft in Gesetzen wie dem *Right to Information (RTI) Act*, dem *National Rural Employment Guarantee Act (NREGA)*, und dem *Forest Rights Act (FRA)*, die gegen den Strom ankamen – dank starker zivilgesellschaftlicher Mobilisierung, umweltbewussten Beamten und Politikern und politischem Druck der Linken. Der große Schock, den der Klimawandel in den Menschen auslöst, könnte sich zu einer großen Gelegenheit wandeln, da die Regierung Zeichen zeigt, größere Investitionen im Bereich erneuerbare Energien und öffentlicher Verkehr zu machen, sowie ein begrüßenswertes Bekenntnis, den Kohleabbau des Landes zu reduzieren. Einige Körperschaften ziehen andere Wege in Erwägung, um Geschäfte abzuwickeln – obwohl die viel beschworene *corporate social responsibility (CSR)* meistens Schwindel bleibt. Konsumenten werden durch modische Initiativen wie „grüne“ Bollywood-Stars beeinflusst, die behaupten, dass sie ihren Müll recyceln. Doch diese sind oberflächlich und eventuell gefährlich, wenn sie Menschen von tieferen Bewusstseinsveränderungen abhalten, die in ihrem Lebenswandel nötig wären.

Werden diese Alternativen den Weg zu einer nachhaltigeren und gerechteren Zukunft weisen? Sie werden, wenn sie in einem ganzheitlicheren Rahmen und einer Vision gebündelt werden, in der alle Bürger die volle Möglichkeit haben, an Entscheidungsfindung teilzuhaben und wo der Umweltschutzgedanke solche Entschei-

dungen durchdringt. Indien hat noch viele Gemeinschaften mit jahrhundertalten Traditionen, die im Einklang mit der Natur leben. Es hat einige der innovativsten Denker und Macher der modernen Zeit, die wirklich revolutionäre Technologien und Institutionen entwickeln. Indien hat die Fähigkeit, friedliche Massenbewegungen zu organisieren, die die stärksten Unterdrückungsapparate erschüttern können. Seine Versuche mit dezentralisierter Regierung fangen an, zu funktionieren, und die Stabilität seiner Demokratie (so unvollkommen sie auch sein mag) in einer gefährlich instabilen Region ist bemerkenswert. Eine solche radikale ökologische Demokratie liegt also vollständig im Rahmen der Möglichkeiten. In jedem Fall ist sie sicherlich weniger utopisch als die leeren Versprechen derer, die sagen, dass Indiens gegenwärtiges neo-klassisches Entwicklungsmodell alle Inder zu Wohlstand führen wird und dass dieser Wohlstand durch die nächsten Generationen hin andauern wird.

Der Artikel erschien ursprünglich am 2. Januar 2010 im Nachrichtenmagazin Frontline unter dem Titel „Sustainable Future?“ (www.frontlineonnet.com/jl2701/stories/20100115270110600.htm). Übersetzung und Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors und der Redaktion.

Aus dem Englischen übersetzt von Julia Fröhlich.

Zum Autor

Ashish Kothari ist Mitbegründer einer der führenden Umweltschutzinitiativen Indiens, der in New Delhi und Pune vertretenen Organisation *Kalpavriksh* (www.kalpa.dreamhosters.com). In den Medien ist er als Kommentator für umweltpolitische und soziale Themen bekannt.